

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899**

55 (5.3.1899) Parlaments-Ausgabe

**Angabe:**  
Abgentl. zwölf mal  
Abonnementspreis:  
vierteljährlich  
in Karlsruhe durch  
eine Agentur bezogen:  
2 Mark 50 Pf., in  
das Haus gebracht:  
2 Mark 80 Pf., durch  
die Post ohne Zustell-  
gebühr 2 Mark 50 Pf.  
Voranzahlung.

# Radische Landeszeitung

**Angabegebühren:**  
Die 12seitige Kolon-  
neltelle oder deren  
Raum für 20 Zeilen  
Inserate 15 Pf., für  
auswärtige Inse-  
rate 20 Pf., im  
Klammerteil 60 Pf.  
Bei größeren Auf-  
trägen entsprechenden  
Rabatt.

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Parlaments-Ausgabe.

Karlsruhe, den 5. März

1899.

## Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

48. Sitzung vom 3. März.

Das Haus ist schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesratsstisch: General v. Goltz u. A.  
Die zweite Beratung des Militäretats wird beim Titel  
„Gehalt des Kriegsministers“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Baasche (nl.): Wir haben seit Kurzem in Preußen  
eine neue Art von Schulen, die neunzehnjährigen Oberrealschulen. Diese  
Oberrealschulen haben sich bewährt. Man hat ihnen auch eine Reihe  
von Berechtigungen erteilt, die Zulassung der Abiturienten für  
die Pflanz-, Berg- und Forstkarriere. Nur eine Berechtigung ist  
ihnen nicht erteilt, nämlich die zum Eintritt als Offiziersaspiranten  
in das Heer und die Marine. Ich meine, man müßte tüchtigen  
Abiturienten auch ohne eine besondere Prüfung es gestatten, als  
Offiziersaspiranten ins Heer einzutreten zu können.

Nun zum Abg. Bebel! Auf alle seine Einwendungen will ich  
nicht eingehen. Aber ich kann keine Bemerkung, daß die zunehmende  
Vererbung der Jugend einzig und allein eine natürliche Folge der  
sozialen Verhältnisse sei, nicht un widersprechen lassen. Es handelt  
sich hier doch nur um den Nachweis des Kriegsministers, daß sich  
in den letzten Jahren eine Zunahme der Vorbestrafungen ergeben  
hätte. Aus energischer muß ich bestritten, daß dies lediglich den  
sozialen Verhältnissen zu danken ist. Sind denn die Ver-  
hältnisse seit 1882 wirklich schlechter geworden? Hat  
sich denn seit der Zeit die Zahl der in Fabriken arbeitenden  
Frauen so vermehrt? Sind unsere Schulen etwa schlechter ge-  
worden? Nein, im Gegenteil, sie sind besser geworden und außer-  
dem haben sich durch unsere Arbeiterkammern die Verhält-  
nisse in den Fabriken bedeutend verbessert, die Sozialdemokratie  
selbst haben die Vererbungslehre aufgegeben. Der Abg. Eingenß  
hat ganz recht, daß in erster Linie die wachsende Freizügigkeit  
an der wachsenden Vererbung Schuld ist. Die Freizügigkeit —  
Vizepräsident Schmidt: Ich kann nicht einsehen, daß Ihre  
Ausführungen in Zusammenhang mit dem Titel Kriegsminister  
stehen.

Abg. Dr. Baasche: Die Abg. Dr. Eingenß und Bebel sind  
auch auf diesen Punkt eingegangen, da muß es mir doch auch ge-  
statten Sie, ihnen zu erwidern.

Vizepräsident Schmidt: Ich bitte Sie dann wenigstens, sich  
möglichst kurz zu fassen.  
Abg. Dr. Baasche (fortsetzend): Ich sage also nochmals: An  
der wachsenden Freiheit ist in erster Linie der schwindende Glaube  
an einen allmächtigen Gott und an eine sich machende Kirche  
Schuld. (Geschieht bei den Soz. Beifall im Centrum.) Und  
gerade Sie (zu den Sozialdemokraten) tragen dazu bei, daß der  
Glaube an Gott und an die Autorität der Kirche untergraben wird.  
Denn überall verlangen Sie ja: Es gibt keinen Gott! Daran  
liegt es eben, daß die Freiheit zunimmt. (Beifall im Centrum und  
rechts.) Zuruf bei den Soz.: Das sagen Sie! Sie sind ein schöner  
National-Liberaler! Zu wohl, das sage ich, ein national-liberaler  
Abgeordneter; das sage ich, der Dr. Baasche! (Stürmische Gelächter  
bei den Sozialdemokraten.) Ich halte meine Behauptung, daß  
Sie den Glauben an den allmächtigen Gott untergraben,  
vollständig aufrecht. Schon als Student habe ich sozialdemokra-  
tischen Versammlungen beigewohnt, in denen Spottlieder auf die  
Religion gesungen wurden. Glauben Sie denn, daß die Männer,  
die damals solche Lieder gesungen haben, ihre Kinder die Hände  
wuschten und den Blick nach oben richteten, wobei allein die Hilfe  
in aller Noth kommen kann? (Stürmische Zustimmung im Centrum  
und rechts.) Nur die Religion hat die Kraft, der Vererbung  
des Volkes Einhalt zu thun. Sie wissen gar nicht, was Sie dem  
Volke nehmen, wenn Sie ihm den Glauben an den lebendigen  
Gott rauben. (Zuruf bei den Soz.: Das glauben Sie ja selbst  
nicht!) Gewiß glaube ich das; ich nehme kein Wort von  
dem, was ich gesagt habe, zurück. Ich habe kein Wort gesagt,  
was ich nicht auch im tiefsten Herzen empfinde. (Leb-  
hafter Beifall im Centrum und rechts.) Wenn Sie  
dem Volke die Religion rauben, dann untergraben Sie auch Sitte  
und Moral und Sie werden noch einmal mit Schwere ein-  
sehen, wohin es führt, wenn Sitte und Moral im Volke unter-  
graben wird.

Abg. Bebel hat gestern auch wieder eine ganze Reihe von An-  
fragen erhoben, der Kriegsminister hat ihm jedoch die meisten wider-  
legt. Aber welche Rechte bringt die sozialdemokratische Presse  
darauf? Da steht lang und breit die Rede des  
Abg. Bebel, aber das, was der Kriegsminister darauf  
sagt, wird vollständig tot geschwiegen. Im Parlaments-  
bericht des Vorwärts steht sogar: Bebel war unerbittlich  
gegen den Militarismus. Und was konnte der Militarismus  
durch den Mund des Kriegsministers darauf erwidern? Nichts!  
(Heiterkeit.) Keine einzige der von dem Abg. Bebel angeführten  
Behauptungen konnte er widerlegen oder entkräften. So macht es die  
sozialdemokratische Presse. Den Fall des Grafen Stolberg hat der  
Kriegsminister gestern schon richtig gestellt, der Graf war schwer erkrankt,  
seine Krankheit ist selbstverständlich nicht zu verteidigen, aber zu entschuldigen.  
Man sollte überhaupt nicht hier so einzelne Vorgänge in solcher  
Weise aufzählen, wie es gestern von dem Abg. Bebel getan  
ist. Der Abg. Bebel hat die Offiziere aufs schwerste angegriffen,  
aber kein Wort der Verurteilung für den Soldaten gebracht, der  
seinen Kameraden erschossen hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten:  
Das war Notwehr!) Ich bin selbst Soldat gewesen und weiß,  
daß es dem jungen Rekruten nichts schadet, wenn ihm die älteren  
Kameraden mal ein paar überlegen. (Lachen und Lärm bei den Soz.)  
Auch die Spielfrage hat Herr Bebel berührt. Ich hoffe, daß die  
Kommando-behörden Alles thun werden, um die Spielerei zu  
einzudämmen. In dem Marienburger Fall hat es sich um keine  
offizielle, sondern um eine private Unterhaltung gehandelt. Meine  
Partei ist gern bereit, den Kriegsminister in der Bekämpfung sozial-  
demokratischer Bestrebungen innerhalb der Armee zu unterstützen. Wir  
können es nicht dulden, daß in der Armee, die dem Schutze des Vater-  
landes dienen soll, eine Partei Einfluß gewinnt, die die bestehende  
Staatsordnung untergraben will. Meine Freunde und ich sind  
überzeugt, daß unsere Armee heute noch in wachsendem  
Maße eine Schule der Tugend und Ordnung ist. Wir geben  
zu: Es ist noch nicht Alles so, wie es sein sollte; ich  
meine aber, wir können der Kriegsverwaltung das Zeugnis aus-  
sprechen, daß sie jederzeit streng und gerecht verfahren ist,  
aus der Armee das zu machen, was wir wollen, nämlich den besten  
Schutz für das Vaterland und die beste Quelle für Sitte und  
Ordnung. (Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. Gröber (G.): Ich bin dem Abg. Dr. Baasche für seine  
Worte sehr dankbar. Daß er so für die Religion eintritt, ist mir  
ganz besonders erfreulich, diese Stimme aus der national-liberalen  
Fraktion war uns sehr wertvoll. Ich hoffe nur, daß die ganze  
Fraktion hinter ihm steht. (Zuruf: Ja, immer.) Immer war das  
nicht so. Denken Sie doch an die Zeiten des Kulturkampfes

gegen die katholische Kirche. Damals gehörte es zum  
guten Ton, die Kirche anzugreifen. Damals wurden Gesetze ge-  
macht wesentlich unter der Anregung und Mitwirkung der national-  
liberalen Partei, in Folge deren ehrwürdige Bischöfe und Priester  
ins Gefängnis geworfen wurden. Wenn Sie (zu den National-  
Liberalen) daher über das Schwinden der Autorität der Kirche und  
das Schwinden des Glaubens klagen, so suchen Sie die Schuld dafür  
nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern klopfen Sie an die  
eigene Brust und sagen Sie mea maxima culpa. (Lebhafter Beifall  
im Centrum.) Wenn Sie aber auf die Religion solchen Werth  
legen, nun, dann unterstützen Sie doch die Bestrebungen meiner  
politischen Freunde, wo sie den Einfluß der Kirche auch in der  
Volksbildung fördern wollen, und treten Sie in den Einzelabstimmungen  
mit für unsere Bestrebungen ein.

Das noch dann und wann einzelne Mißhandlungen in der  
Armee vorkommen, ist richtig, aber es ist doch wirklich nicht ange-  
bracht, dieselben in solcher Weise hier einzeln vorzutragen. Das  
gibt doch ein ganz und gar falsches Bild. Was will es denn  
heißen, wenn unter so vielen tausenden von Offizieren und Unter-  
offizieren wirklich einmal ein paar Mißhandlungen vorkommen!  
Wenn man diese wenigen bedauerlichen Fälle anführt, dann läuft  
man doch eigentlich nicht die anderen, hellen Lichtseiten unserer Armee  
unberücksichtigt lassen. Ich will mich über all die Fälle, die der Abg.  
Bebel angeführt hat, nicht äußern, und will nur auf den einen Fall  
in Marienburg zurückkommen. Hier bin ich nicht ganz der Ansicht  
des Kriegsministers. Nachdem der betreffende Sozialdemokrat vor  
dem Schöffengericht als Zeuge aufgerufen war, handelte es sich nicht  
mehr um private Fragen, da gab es nur noch öffentliche Fragen.  
Schließlich könnte ein Zweifel darüber bestehen, ob solche Fragen  
notwendig waren oder nicht. Keinesfalls aber darf man dem  
Selbstmord aus der wahrheitsgemäßen Beantwortung der Frage ein  
strafwürdiges Verbrechen konstruieren. Es darf auch nicht der Schein  
erweckt werden, als ob bei der Armee Parteilichkeit herrsche, es  
muß immer streng nach Recht und Gerechtigkeit vorgegangen werden.  
(Beifall im Centrum.)

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Dr. Baasche hat heute eine  
Rede gegen mich gehalten, die eigenartig mit der des Kriegsministers  
konträr ist. Aber ein Vergleich beider Reden müßte zu Gunsten  
des Kriegsministers ausfallen. (Heiterkeit.) Der Kriegsminister  
war mir gegenüber streng sachlich, doch hat er keinen der von mir  
angeführten Fälle als unrichtig bezeichnen können. (Widerpruch  
rechts.) Einzelne kleine Zerwürfisse können doch keine Rolle spielen.  
Der Abg. Dr. Baasche aber war heute päpstlicher als der  
Papst! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Heiterkeit.)  
Daß die Arbeiterlöhne gesunken sind, gebe ich zu, aber die Lebens-  
verhältnisse im Allgemeinen sind besser geworden, allein die Er-  
höhung der Mietpreise hat in vielen Orten die Erhöhung der  
Löhne abhört. Der Abg. Baasche bestritt, daß die Zahl der in  
Fabriken beschäftigten Frauen zugenommen habe. Dies ist eine für  
einen Abgeordneten sehr seltsame Behauptung. Kennt der  
Dr. Baasche denn die Statistik nicht? In den letzten Jahren  
ist die Zahl der in Fabriken arbeitenden Frauen von 4 1/2 auf 6 Mil-  
lionen gestiegen. Und die Zahl der jugendlichen Arbeiter ist be-  
deutend gestiegen, dies geht deutlich aus den Berichten der Fabrik-  
inspektoren hervor. Gegenüber so schlagenden Beweisen  
aus offiziellen Berichten müssen die Einwände des Abg.  
Baasche schweigen. Herr Baasche hat dann wieder den all-  
gemeinen Standesakt, der für Alles herhalten muß, die  
Sozialdemokratie als Ursache der zunehmenden Vererbung angeführt.  
Aber keine Partei hat so weingehaltene Ansprüche auf Verbesserung  
der Arbeiterkammern gestellt, als wir. Wenn unsere Ansprüche  
nicht angenommen wurden, so lag die Schuld an Ihnen und an den  
vorherrschenden Regierungen. Der Abg. Gröber hat sich auch wieder über den  
Kulturkampf beklagt; aber ohne den Kulturkampf würde das Centrum  
schon längst in der Macht gekommen sein, die es heute besitzt. Dies  
ist auch eine der Hauptursachen der bismarckischen Politik. Sehr ge-  
wundert habe ich mich über den eigentümlichen Eifer, mit dem  
der Abg. Baasche heute für die Religion, für die Kirche  
und für den allmächtigen Gott eingetreten ist. Ich erinnere  
dabei an eine kleine Episode aus der jüngsten Ver-  
gangenheit. Ich erinnere mich noch mit Vergnügen  
der vorjährigen Rede, welche der Abg. Gröber bei der Kultur-  
vorlage gehalten hat, wo er sich speziell an die Herren von der  
national-liberalen Partei wandte und nachwies, daß es gerade liberale  
Professoren seien, welche der Freizügigkeit Vorwand leisteten, nicht nur  
durch ihre Reden vom Kolcher aus, sondern auch durch ihre Bücher und  
Schriften. Ich habe den Abg. Baasche stets für einen Weltmann  
gehalten und Weltmänner sehen nicht gerade in dem Ruf, sehr  
religiös zu sein. (Heiterkeit.) Ich habe deswegen auch den Zwischen-  
ruf gemacht, ob er selbst an den allmächtigen Gott glaube; denn  
ich habe bisher geglaubt, daß er in seiner antireligiösen Überzeugung  
vor mir einen großen Vorprung hätte. (Heiterkeit.) Herr Baasche klagte  
auch über religiöse Spottlieder in sozialdemokratischen Versammlungen.  
Wenn solche Spott- und Scherzlieder, wie er meint, in sozialdemo-  
kratischen Versammlungen gesungen werden, so müssen sie doch  
auch gerichtet worden sein und der Polizei vorgelegt haben. Dies  
erscheint mir doch als unmöglich. So lange Sie also nicht den  
Beweis der Wahrheit bringen, muß ich annehmen, daß Sie eine  
unwahre Behauptung aufgestellt haben. (Zwischenruf des Abg.  
Baasche: Präsident Graf Vallasiren: Ich ersuche  
den Abgeordneten Dr. Baasche, die Zwischenrufe zu unter-  
lassen.) Lebigen Sie gar kein Recht, und  
aus solchen Reden einen Vorwurf zu machen. Ich habe hier  
aus der Zeit des Kulturkampfes ein Lied eines national-liberalen  
Hoffmannsingers (Heiterkeit), das das Bedenklichste ent-  
hält, was man sich denken kann. Man hat mir auch heute  
wieder vorgelesen, daß ich einzelne Vorgänge ver-  
allgemeinert hätte. Das ist mir gar nicht eingefallen.  
Ich habe keineswegs die ganze Armee für die Mißhandlungen  
einer Person verantwortlich machen wollen, ich habe nur auf Beförderung  
einer Person wollen, und deshalb habe ich diese Vorwürfe hier  
angeführt. Die Erörterungen im Reichstag haben eine sehr wohl-  
thätige Folge gehabt, denn viele Offiziere scheuen es doch, daß ihr  
Verhalten hier kritisiert wird und deshalb sehen sie sich vor. Die  
bekanntesten Zahlen des Kriegsministers geben das überraschende Ge-  
genstück, daß überall dort, wo die Sozialdemokraten am stärksten sind, die  
Zahl der Vorbestrafungen geringer ist, als dort, wo die Stützen von  
Monarchie und Altar in der Majorität sind. Der Abg. Dr. Baasche  
ging auch auf den Fall Stolberg ein. Er hat nun aber diesen  
Herrn in einer Weise entschuldigt, ja sogar verberichtet, daß selbst  
der Kriegsminister sich wohl gebietet hat, sich so zu äußern. Ich  
habe zwar auch an den Darstellungen des Kriegsministers manches  
auszuweichen aber er kann nun mal nicht aus seiner Haut heraus. Der  
Kriegsminister hat gemessenmaßen mit philosophischer Rede die philo-  
sophischen Momente hervorgehoben. Aber was man bei dem Vorgehen mit  
dem lebhaftesten Temperament entschuldigt, das nennt man bei den  
Untergebenen gleich Rohheit und Gewaltthat. Wir haben eben  
zwei Nationen in Deutschland, von denen die eine herrscht, die  
andere aber gehorcht muß.

Von einem Mann in so hoher Stellung, wie Graf Stolberg,  
muß man verlangen, daß er sich beherzigen kann; wenn er den  
Mann sofort wegen Unentschiedenheit ins Gefängnis hätte führen lassen,  
wäre der bedauerliche Vorfall nicht passiert. So leicht wird der  
Hieb auch wohl nicht gewesen sein, denn davon bekommt  
man keine Gehirnerschütterung. Herr Baasche sagte, es schade  
den jungen Rekruten gar nichts, wenn sie mal von älteren  
Kameraden ein paar Hiebe kriegen. Es thut mir  
leid, daß Herr Baasche, der ja auch Soldat gewesen ist, nicht auch  
mal eine ordentliche Tracht Prügel gekriegt hat. (Große Heiterkeit.)  
Wenn ein Soldat sich in solchem Falle zur Wehr setzt, so ist das  
Notwehr. Wir verlangen nichts weiter, als daß der Grundlag  
„gleiches Recht für Alle“ in der Armee durchgeführt wird. Sie  
wollen keine Sozialdemokraten in der Armee, aber dann  
müßten Sie uns schon von der allgemeinen Wehrpflicht entbinden,  
denn naturgemäß steigt mit dem Wachsen der sozialdemokratischen  
Stimmen auch die Zahl der Sozialdemokraten im Heere. Ich habe  
nicht gesagt, daß in Halberstadt Soldaten verwendet worden sind,  
sondern nur behauptet, daß einem Unteroffizier Soldaten zugewagt  
worden sein sollten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. von Tiedemann (Rp.): Herr Bebel hat behauptet, Graf  
Stolberg habe den Sergeanten Scheinhardt erschossen. Das ist nicht  
wahr. (Zuruf von den Soz.: Ertragen!) Nun ja, das ist aber  
doch kein so kleiner nebensächlicher Trittbrettenfall. (Lachen bei den Soz.)  
In dem Halberstädter Fall ist doch sofort Abhilfe geschaffen worden.  
Warum bringen Sie ihn denn vor? Was soll ferner das Vor-  
bringen der Spielerechtsfälle, die doch in gar keinem Zusammen-  
hang mit dem Stat steht? Das weiß Herr Bebel doch ganz  
genau, daß die Militärverwaltung auf das Strengste  
gegen das Spielen einschreitet. Ich erinnere nur an  
den Fall in Hannover. Daß Sie den Fall Brühlwitz  
wieder vorbringen, beweist nur, wie dürftig Ihr Material ist. (Sehr  
richtig! rechts.) Wenn Sie bei all Ihrem Eifer im Kampf  
eines Jahres aus der Ständehronik nicht mehr Fälle anfählen  
können, so beweist das, daß die Haltung in unserem Offizierskorps  
im Allgemeinen durchaus tadellos ist und daß wir darauf  
stolz sein können. Die Wirkung hat aber das Auf-  
treten der Sozialdemokraten, daß alle anderen Parteien  
sich zusammenzulehnen in allen Punkten, wo es sich um den  
Schutz der Gesellschaftsordnung und des Staates handelt. Das  
ist gerade opportun war, daß Herr Gröber heute noch eine längere  
begehrte Streitfrage wieder hervorholte, möchte ich bezweifeln. Im  
Uebrigen aber hoffe ich, werden wir alle einig sein und dieses Streben  
nach Einigkeit wird hoffentlich die (zum Centrum) und ver-  
anlassen, die Streitfrage des Kulturkampfes nicht mehr hervorzuholen.  
(Beifall rechts.)

Kriegsminister v. Goltz: Herr Bebel hat mir heute ein  
relativ gutes Zeugnis ausgesprochen, und ich lege auch Werth darauf,  
daß anerkannt wird, daß die Verhandlungen beiderseits mit voller  
Objektivität geführt werden müssen. Ich bin verpflichtet, den  
Angehörigen jeder Partei in objektiver Weise über das Aussehen  
zu geben, was in mein Ressort fällt. Wenn Herr Bebel aber daraus  
schließt, daß ich mit seiner Behandlung der Armee und mit der  
Form seiner Anträge einverstanden bin, so befindet er sich sehr im  
Irrthum. Es ist seine Art, nicht die Anträge deswegen an mich  
zu richten, um Aufklärung zu erhalten, sondern um gleich dar-  
stellungen an die Anträge zu knüpfen, die für die Armee durchaus  
schädlich sind; (Sehr richtig! rechts.) aber er begnügt sich auch  
damit noch nicht einmal, sondern er fügt noch zugleich Urtheile  
über Personen in schroffer Form hinzu, ohne erst meine Antwort  
abzuwarten. Mit dieser Taktik werde ich mich nie einver-  
standen erklären, sondern ich werde nur solche Anträge für  
richtig erachten, die Aufklärung verlangen und wobei mit  
der Kritik gewartet wird, bis die Antwort erteilt ist.  
Bei dem Fall Brühlwitz ist eine ganz falsche Strafdauer angegeben  
worden; in Folge dessen ist auch der Gehalt falsch, das er be-  
tragt worden sei, bevor er die Hälfte der Straftat abgelesen  
hätte. Ebenso ist es falsch, daß der Graf Stolberg früher schon  
einmal seinen Vorgesetzten erschossen hat. Es handelt sich nur um die  
Mißhandlung eines Sergeanten, mit der ein schwerer Unglücksfall ver-  
bunden war. Die Angabe, daß Scheinhardt betrunken war,  
ist auch nicht haltbar; er war wohl erkrankt, aber von einer Ver-  
trunkenheit ist nichts bemerkt worden. Der Fall des Hauptmanns  
Licht ist deshalb hier vorgebracht worden, um Zweifel an seiner  
Verstrafung aufkommen zu lassen. Ich betone nochmals, daß er be-  
traft worden ist. Die Behauptung, daß der Soldat, der mit einem  
Schultermesser nach seinem Kameraden schlug, sich in der Notwehr be-  
funden habe, ist falsch. Der Mann ist nun so lange gewesen, sich zu beschweren.  
Auch die Angaben über die Halberstädter Abkommandierungen sind falsch.  
Es handelte sich dort um die Verlegung eines näheren Weges nach dem  
Grenzplatz, der also dem Militär selbst zu Gute kommen sollte.  
(Gibt, hört! rechts.) Ueber den Marienburger Fall werde ich nochmals  
mit dem Generalkommando in Verbindung treten. Ich meine aber,  
schon aus der Antwort „zu Civil ja“ erhellt es, daß der Mann sich  
seines Unrechts wohl bewußt war. Er ist dann in der Königs-  
berger Breche in gewissem Sinne verberichtet worden. Ueber die  
juristische Seite der Sache, die Herr Gröber herbeigeholt hat, bin ich  
nicht außer Stande, Auskunft zu geben. Die Art, wie Herr Bebel  
in seinem angeleglichen Streben, die Verhältnisse in der Armee zu  
bessern, vorgeht, kann nur zur Erörterung und Beförderung  
der Disziplin führen und das Vertrauen in die  
Militärgerichtsbarkeit erschüttern. Herr Bebel hat sich gerüht, daß  
seine Partei immer mehr Anhänger gewinne, auch im Heere. Ich  
bin überzeugt, die Sozialdemokratie ruht auf einem so sumphigen  
Boden, daß sie von selbst darin untergehen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Hoch (Soz.): Das Volk im Lande denkt anders über die  
vom Abgeordneten Bebel vorgebrachten Fälle, als Sie (rechts).  
Was ist denn für ein Unterschied, ob der Mann erschossen oder er-  
schlagen ist? Aber solche Nebenbemerklungen greifen Sie heraus.  
Im Hannover Kreis sind bei dem letzten Mandat  
ganz außerordentlich große Flussschäden verursacht worden.  
Und nachdem das Mandat beendet war, dauerte es  
Monate und Monate, ehe die Leute die ohnehin geringfügige Ent-  
schädigung erhielten. Daß bei der Militärverwaltung gar manches  
nicht in Ordnung ist, zeigt die Vertheilung eines früheren hannover  
Kazarettinspektors, der vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ge-  
hrverlust erhielt wegen fortgesetzter Diebstähle. (Wieder verliest ein  
langes Verzeichnis der verschiedenen von dem Manne gestohlenen  
Gegenstände.) Daß so viel gestohlen werden konnte, und daß es  
Jahre lang unbemerkt blieb, zeigt doch, wie mangelhaft die Kontrol-  
len gewesen sein muß, und welchen geringen Werth die Inventar-  
revisionen haben. Man müßte eine Kontrolle von unten beim  
Militär einführen. Nur auf diesem Wege kann ein Wandel zum  
Besseren geschaffen werden. Der Absolutismus in unsern Decoreten,  
wie er jetzt besteht, ist einfach unhaltbar geworden; die Einrich-  
tungen müßten demokratisch ausgestaltet werden; nur dann ist eine  
Besserung für die Zukunft zu erwarten. (Beifall bei den Sozial-  
demokraten.)

Kriegsminister v. Goltz: Die Verhältnisse in Hannover bei  
der Entschädigung für die Flussschäden in den letzten Mandaten lagen  
insofern besonders schwierig, als die Grundbesitzer zwar die  
Schäden anmeldeten, aber selbst die ganzen Heider ab-  
ernteten, sodas erst umfangreiche Jagen- und Berechnungen  
notwendig wurden. Der erwähnte Kazarettinspektor ist sofort ver-  
haftet worden, nachdem die Unregelmäßigkeiten bekannt geworden





